

Rahmenbedingungen

Schwieriges Umfeld für die Geschäftstätigkeit der Finanzintermediäre

Die anhaltend schwache Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten, eine Reihe von Bilanzmanipulationen in den USA sowie sinkende Gewinne des Unternehmenssektors haben das Vertrauen der Investoren in die Finanzmärkte weiter geschwächt. Viele europäische Banken sind derzeit mit einer Verschlechterung der Kreditqualität sowie einer Zunahme der Kreditausfälle durch Unternehmenszusammenbrüche konfrontiert. Angesichts der Börsenbaisse sinken die Provisionserträge, und Geschäftsbereiche, wie das Emissionsgeschäft und die Börseneinführungen, sind deutlich rückläufig. Ungünstige Kostenstrukturen haben in einigen Ländern, wie z. B. Deutschland, den Druck auf einen Beschäftigungsabbau im Bankenbereich verstärkt.

Auch bei den österreichischen Banken zeigt sich angesichts der schwierigen Marktsituation eine rückläufige Ertragsentwicklung mit einem wachsenden Vorsorgebedarf im Kreditbereich. Die Situation der österreichischen Banken unterscheidet sich aber derzeit in einigen Faktoren deutlich von jener der deutschen Banken. Die großen österreichischen Banken verfolgen auf den zentral- und osteuropäischen Märkten eine langfristige Investitionsstrategie, die seit geraumer Zeit hohe Erträge aufweist. Viele deutsche Großbanken haben sich hingegen stark auf heiß umkämpften Märkten wie den USA und in hochkompetitiven Marktsegmenten wie dem Investmentbanking engagiert. Weiters sind die deutschen Banken von nationalen und internationalen Großpleiten viel stärker betroffen als die österreichischen. Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat sich in Deutschland in den ersten drei Quartalen 2002 mit rund 28% wesentlich stärker erhöht als in Österreich; der Kreditschutzverband von 1870 (KSV) ortet trotz der außergewöhnlichen Ereignisse, wie den Hochwasserschäden im Sommer 2002, bisher nur einen leichten Anstieg bei den Insolvenzen um 4%. Schließlich ist zu erwähnen, dass die Verflechtung der Banken mit den unter hohen Schadensfällen leidenden Versicherungen in Deutschland wesentlich größer ist als in Österreich.

Die österreichischen Banken erweisen sich in diesem schwierigen Umfeld als verhältnismäßig robust, wie auch die durchgeführten Krisentests für verschiedene Szenarien zeigen.¹⁾ Die strukturellen Anpassungsmaßnahmen der letzten Jahre, die verstärkte Nutzung von Synergien in den einzelnen Sektoren, wie z. B. der Sektorverbund im Sparkassensektor, und das derzeit sehr erfolgreiche Geschäft in den zentral- und osteuropäischen Ländern erweisen sich als stabilisierende Elemente. Es sind keine unmittelbar stabilitätsgefährdenden Entwicklungen für die österreichischen Banken erkennbar, aber es ist eine aufmerksame Beobachtung speziell der Entwicklung der Ertrags- und Kostensituation der Banken und Versicherungen angebracht.

¹ Siehe dazu die Studie „Ein makroökonomisches Kreditrisikomodelle zur Durchführung von Krisentests für das österreichische Kreditportfolio“ in diesem Heft sowie Kalirai, H. und Scheicher, M. (2002). *Makroökonomische Krisentests: Erste Ergebnisse für Österreich*. In: *Finanzmarktstabilitätsbericht 3 der OeNB*.

Aktuelle finanzmarktrelevante Entwicklungen

Im April 2002 hat die neue Finanzmarktaufsicht, die für die Banken-, die Wertpapier-, die Versicherungs- und die Pensionskassenaufsicht zuständig ist, ihre Tätigkeit aufgenommen; die räumliche Integration ist inzwischen abgeschlossen. Mit dem seit April 2002 geltenden E-Geld-Gesetz wurde ein eigener rechtlicher Rahmen für die Ausgabe von elektronischem Geld geschaffen, wobei E-Geld-Institute zur Ausübung ihrer Tätigkeit eine Konzession haben müssen.

Seit August 2002 ermöglicht die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Kleinanlegern, Bundesschatzscheine („Bundesschätze“) mit einem Mindestbetrag von 100 EUR zu kaufen. Bei einer Laufzeit von wahlweise 1, 3 oder 6 Monaten liegen die Zinsen wesentlich höher als bei Sparbüchern. Mitte Oktober 2002 waren vom Begebungsnominale in der Höhe von 100 Mio EUR knapp 50 Mio EUR verkauft. Damit zeigt sich trotz der attraktiven Verzinsung bisher keine nennenswerte Umschichtung von veranlagten Geldern zu den Bundesschätzen.

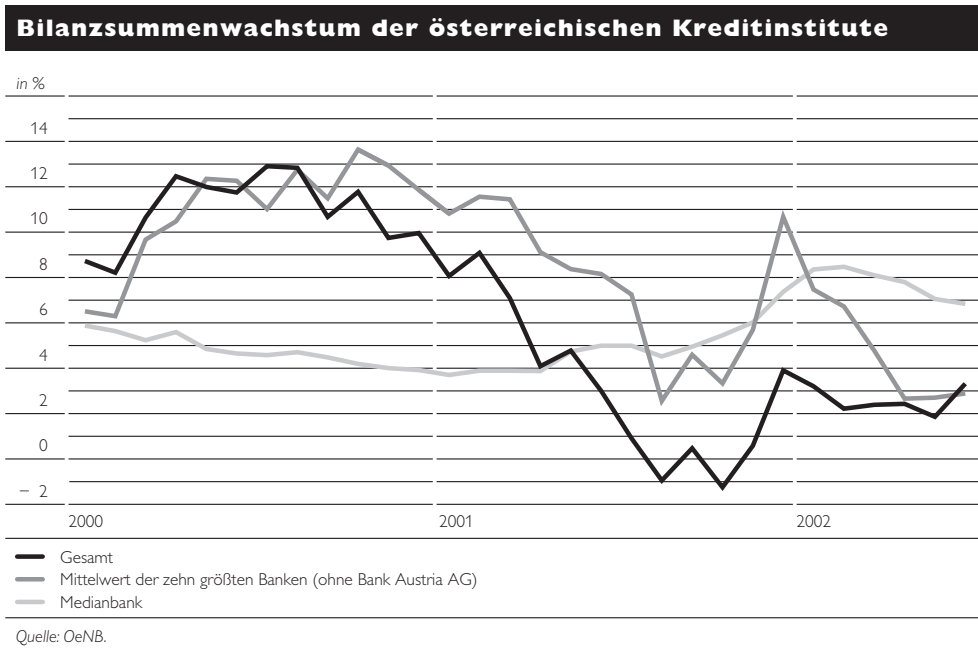
Banken

Verhaltenes Bilanzsummenwachstum

In den ersten sechs Monaten 2002 verlief das Wachstum der Bilanzsumme eher verhalten. Für diese Entwicklung spielt nach wie vor die Übernahme der Bank Austria AG durch die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) eine wichtige Rolle, da die bereits im Jahr 2001 begonnenen Umstrukturierungen und Übertragungen von Geschäftstätigkeiten der Bank Austria AG in die Bilanz der HVB auch noch die ersten Monate im Jahr 2002 beeinflussten. Zudem dürften konjunkturelle Entwicklungen beim eher schwachen Wachstum der Bilanzsumme zum Tragen gekommen sein. Die Abschwächung der Gesamtwirtschaft hat deutlich auf die Kreditentwicklung gedrückt und damit auch das Bilanzsummenwachstum geschmälert. Eine Berechnung ohne Bank Austria AG zeigt nämlich auch bei den verbleibenden Großbanken einen deutlichen Rückgang des Bilanzsummenwachstums im ersten Halbjahr 2002. Ende Juni 2002 lag das jährliche Wachstum der Bilanzsumme der Großbanken ohne Bank Austria AG bei 2,9%, im Jahr davor betrug der Vergleichswert noch 8,2%. Auch bei der Medianbank¹⁾ sinkt das Bilanzsummenwachstum seit Jahresbeginn 2002, allerdings kann die Medianbank im Jahresvergleich eine Steigerung des Bilanzsummenwachstums aufweisen (Juni 2001: 5,0%, Juni 2002: 6,8%). Zudem liegt das Bilanzsummenwachstum der Medianbank, wie in Grafik 29 ersichtlich ist, seit Jahresbeginn 2002 deutlich über jenem der Großbanken.

In absoluten Zahlen belief sich die Bilanzsumme aller österreichischen Kreditinstitute (inklusive Sonderbanken) im Juni 2002 auf 581,2 Mrd EUR, wobei insbesondere die Sonderbanken (+5,6%) und die Landes-Hypothekenbanken (+8,4%) im ersten Halbjahr 2002 ein überdurchschnittliches Wachstum aufwiesen, während es vor allem im Sparkassensektor (-2,3%) rückläufig war.

¹ Der Begriff „Medianbank“ bezieht sich auf jenes Kreditinstitut, für das gilt, dass 50% aller Kreditinstitute eine größere Kennzahl (z. B. Bilanzsummenwachstum, Bilanzsumme, Cost/Income Ratio etc.) und 50% eine kleinere Kennzahl haben. Die Medianbank ist ein hypothetisches Kreditinstitut, das bezüglich einer bestimmten Kennzahl eine „typische“ oder „durchschnittliche“ österreichische Bank repräsentiert (siehe im Detail: Finanzmarktstabilitätsbericht 3 der OeNB, 2002, S. 31).



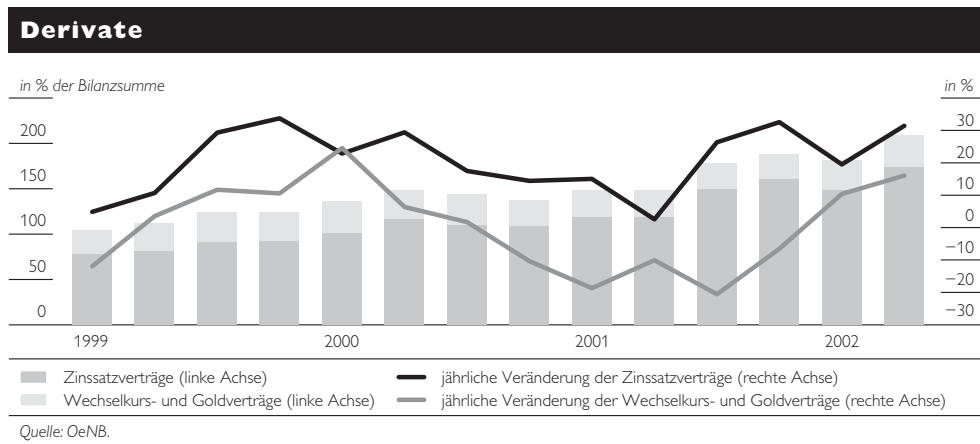
Eine Betrachtung der Einzelbanken zeigt Ende Juni 2002 eine deutliche Bilanzsummensteigerung bei der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG (BAWAG), die im Zusammenhang mit den Restrukturierungsmaßnahmen nach der Übernahme der Österreichische Postsparkasse AG (P.S.K.) stehen. Die Bilanzsumme bei den Auslandsfilialen der österreichischen Kreditinstitute verringerte sich um 8,3%, da Auslandsfilialen der Bank Austria AG in die HVB integriert wurden.

Anhaltend steigendes Wachstum im Derivatgeschäft

Das Gesamtvolumen der von den österreichischen Banken gehandelten derivativen Finanzprodukte (Futures, Optionen, Swaps etc.) belief sich Ende Juni 2002 auf 1.233 Mrd EUR und hat sich somit gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um 21% erhöht. Damit übersteigt das Volumen des Derivatgeschäfts die Gesamtbilanzsumme der österreichischen Banken erstmals um mehr als das Doppelte. Den weitaus größten Anteil am Derivatgeschäft haben die Zinssatzverträge¹⁾, die mit knapp 83% des Gesamtvolumens Ende des zweiten Quartals 2002 erstmals die Billionen-Euro-Grenze überschritten. Den zweitgrößten Anteil bilden mit 16% am Gesamtvolumen die Wechselkurs- und Goldverträge. Verträge in Substanzwerten machen mit einem Volumen von knapp 7,5 Mrd EUR den Großteil des restlichen Gesamtvolumens aus. Alle anderen derivativen Geschäfte, wie Edelmetall- oder Warenverträge, spielen im österreichischen Bankensystem eine untergeordnete Rolle.

¹ Bei einem (einfachen) Zinsswap handelt es sich um den Tausch einer fixen gegen eine variable Zinszahlung. Die angegebenen Volumina beziehen dabei auf die Nominale, die nur zur Berechnung der Zinszahlungen dient und nicht zwischen den Vertragspartnern ausgetauscht wird. Die tatsächlich verrechneten Beträge, und damit das den Geschäften innewohnende Risiko, sind daher weit geringer als die angegebenen Volumina vermuten ließen.

Grafik 30



Wie aus Grafik 30 deutlich hervorgeht, hat der Handel mit derivativen Zinssatzverträgen seit dem Jahr 1999 beständig zugenommen, was in erster Linie auf die zunehmende Bedeutung der Zinsswaps für das Aktiv-/Passivmanagement und die Zinsrisikosteuerung der Banken zurückzuführen ist. Nachdem die jährlichen Zuwachsraten des Volumens im Handel mit Zinssatzverträgen in Prozent der Gesamtbilanzsumme seit dem Jahr 2000 rückläufig waren und das Wachstum in der ersten Hälfte 2001 beinahe gänzlich zum Stillstand gekommen ist, sind seit dem zweiten Quartal 2001 wieder deutliche Zuwächse im Geschäft mit Zinssatzverträgen zu verzeichnen. So hat sich das Volumen Ende Juni 2002 um über 30% im Vergleich zum Vorjahr auf 1.022 Mrd EUR erhöht. Der in Grafik 30 dargestellte Wachstumsverlauf des Volumens gehandelter Zinssatzverträge beschreibt allerdings – abgesehen von der grundsätzlichen Zunahme im Handel mit Zinssatzverträgen – keinen allgemeinen Trend, sondern beruht in erster Linie auf einer unterschiedlichen Entwicklung des Geschäftsvolumens in den beteiligten Banken, wobei es sich primär um Großbanken handelt. So beziehen sich deutlich mehr als 90% des gesamten Handels mit Zinssatzverträgen auf die zehn größten Banken. Der überwiegende Anteil bzw. 85% der österreichischen Banken ist am Handel mit Zinssatzverträgen überhaupt nicht beteiligt. Weitere 10% handeln lediglich ein Volumen von weniger als 10% ihrer Bilanzsumme. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass in den mehrstufigen Sektoren das Aktiv-/Passivmanagement und die Steuerung des Zinsrisikos in der Regel vom jeweiligen Zentralinstitut (bzw. den Raiffeisen-Landesbanken) für den gesamten Sektor wahrgenommen wird.

Eine eingehendere Beurteilung des mit derivativen Zinssatzverträgen und anderen zinssensitiven Instrumenten einhergehenden Zinsrisikos wird erst im Jahr 2003 möglich sein, da alle Institute ab dem Stichtag 31. Dezember 2002 verpflichtend eine Zinsrisikostatistik melden werden. Auf Grund der gesetzlichen Übergangsbestimmungen gibt es bisher 13 Institute, die eine Zinsrisikostatistik für den gesamten vorgesehenen Positionsumfang melden. Wegen der geringen Zahl an Erstmeldern sind die Implikationen für die Finanzmarktstabilität weiterhin mit Vorsicht zu bewerten. Die vorliegenden Daten deuten allerdings darauf hin, dass im zweiten Quartal 2002 eine Reduktion des Zinsrisikos im Bankbuch stattgefunden hat. Eine vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht verwendete Risikokenngröße ist der Barwertverlust bei einem Zinsschock im

Ausmaß von 200 Basispunkten in Relation zu den anrechenbaren Eigenmitteln. Der durchschnittliche Wert dieser Kennzahlen liegt für die bereits meldenden Banken im Juni 2002 bei 6,6%. Aus Risikosicht ist auch der Umstand positiv zu bewerten, dass keine der erfassten Banken den von Basel vorgesehenen Grenzwert von 20% überschreitet.

Das Volumen der Wechselkurs- und Goldverträge hat sich infolge der Währungsunion (allerdings mit einer Verzögerung von rund eineinhalb Jahren) auf Grund des geringeren Wechselkursrisikos von 192 Mrd EUR im dritten Quartal 2000 auf 157 Mrd EUR bis Ende 2001 verringert. Seither sind allerdings wieder steigende Wachstumsraten im Handelsvolumen der Wechselkurs- und Goldverträge zu verzeichnen. Ende Juni 2002 betrug das Wachstum 23% im Vergleich zum Vorjahr, womit das Volumen einen Höchststand von knapp über 200 Mrd EUR erreichte. Diese Zunahme dürfte in erster Linie auf Geschäfte im Zusammenhang mit der Absicherung von Fremdwährungskrediten zurückzuführen sein, deren Gesamtvolumen im ersten Halbjahr 2002 erneut um knapp 7% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat.

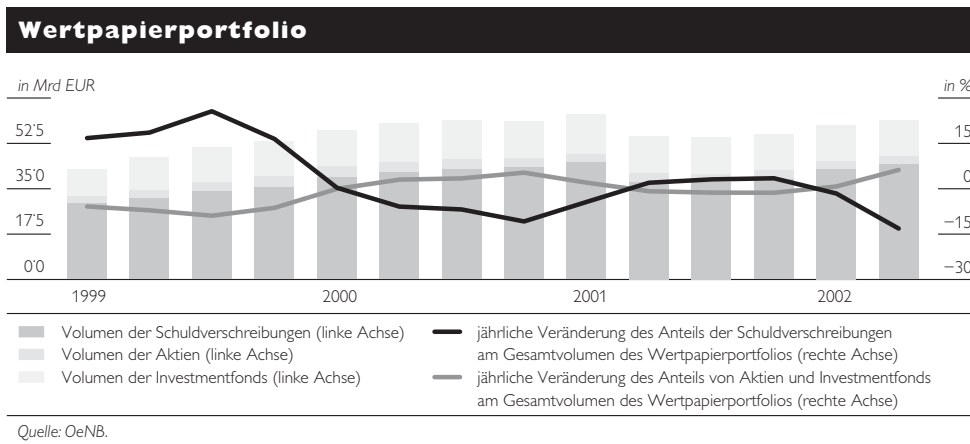
Zunehmende Veranlagung in risikoärmeren Wertpapieren

Das gesamte Volumen des Wertpapierportfolios der österreichischen Kreditinstitute beläuft sich zum Ultimo Juni 2002 auf 62 Mrd EUR. Den größten Anteil an diesem Volumen haben mit 72% die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, gefolgt von Investmentfonds mit 22% und den Aktien mit knapp 6%.

Seit Juni 2001 hat das Volumen des Wertpapierportfolios damit um knapp 12% zugenommen, wobei diese Zunahme ausschließlich auf die Schuldverschreibungen zurückzuführen ist, die im Vergleich zum Vorjahr um fast 19% zugenommen haben, während das Volumen von Investmentfonds und Aktien um 9 bzw. 1,5% zurückging. In Grafik 31 wird neben der Entwicklung der Struktur des Wertpapierportfolios aller österreichischen Banken seit 1999 in absoluten Zahlen auch die jährliche Veränderung des Anteils von Schuldverschreibungen sowie von Aktien und Investmentfonds¹⁾ am gesamten Wertpapierportfolio dargestellt. Diese Darstellungsform wurde gewählt, da im Folgenden in erster Linie die Änderung der Zusammensetzung des Wertpapierportfolios von Interesse ist. Bis Ende 1999 nahm der Anteil von Aktien und Investmentfonds am gesamten Wertpapierportfolio mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von rund 25% zu, während der Anteil von Schuldverschreibungen deutlich zurückging. Dies ist in erster Linie auf die Zunahme des Volumens von Investmentfonds zurückzuführen, das sich von 5,7 Mrd EUR Anfang 1998 auf 13,3 Mrd EUR im letzten Quartal 1999 erhöhte, während das in Aktien veranlagte Volumen nur von 2,8 Mrd EUR auf 4 Mrd EUR anstieg. Dadurch stieg der Anteil von Aktien und Investmentfonds am Gesamtvolumen des Wertpapierportfolios in diesem Zeitraum von 26% auf

¹⁾ Aus Darstellungsgründen werden in Grafik 31 die jährlichen Änderungen des Anteils der risikoreicheren Anlageformen Aktien und Investmentfonds in einer Kategorie zusammengefasst und der jährlichen Änderung des Anteils der risikoärmeren Schuldverschreibungen am gesamten Volumen des Wertpapierportfolios gegenübergestellt. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass viele Investmentfonds Rentenfonds oder gemischte Fonds sind.

Grafik 31



knapp ein Drittel, während sich der Anteil von Schuldverschreibungen entsprechend verringerte, obwohl sich deren Volumen in absoluten Zahlen von 24 Mrd EUR auf knapp 35 Mrd EUR erhöhte.

Seit der Trendwende auf den internationalen Aktienmärkten Anfang des Jahres 2000 nimmt der Anteil der risikoreicheren Anlageformen Aktien und Investmentfonds am gesamten Volumen des Wertpapierportfolios wieder ab, wie aus der in Grafik 31 dargestellten jährlichen Veränderung des Anteils dieser Anlageformen am Gesamtvolumen des Wertpapierportfolios hervorgeht.¹⁾ Allerdings nimmt deren Volumen in absoluten Zahlen zunächst noch zu und erreicht im ersten Quartal 2001 mit 15,3 Mrd EUR (Investmentfonds) bzw. im zweiten Quartal 2000 mit 4,1 Mrd EUR (Aktien) den Höchststand. Tendenziell hält diese Entwicklung bis zum zweiten Quartal 2002 an, wobei die in Grafik 31 ersichtliche leichte Zunahme des Anteils von Aktien und Investmentfonds am Gesamtvolumen des Wertpapierportfolios während des Jahres 2001 auf ein singuläres Ereignis im ersten Quartal 2001 zurückzuführen ist, als sich das in Schuldverschreibungen veranlagte Volumen von 45 Mrd EUR auf knapp 38 Mrd EUR verringerte.²⁾

Der grundsätzliche Trend zur Verlagerung zu weniger risikoreicher Veranlagung hält allerdings auch während des Jahres 2001 an und verstärkt sich nochmals zusätzlich im ersten Halbjahr 2002, was in erster Linie auf die negative Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001, der Bilanzskandale in den USA sowie der verschlechterten konjunkturellen Lage zurückzuführen sein dürfte. So verringerte sich zum Ultimo Juni 2002 der Anteil von Investmentfonds und Aktien am gesamten Volumen des Wertpapierportfolios um knapp 13% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert, während der Anteil der Schuldverschreibungen um 6% zunahm. Dies ist allerdings in erster Linie auf eine Zunahme des Volumens der Schuldverschreibungen von knapp 38 Mrd EUR im zweiten

1 Dabei muss allerdings beachtet werden, dass es auf Basis der von den Banken gemeldeten Daten nicht möglich ist festzustellen, inwieweit der rückläufige Anteil von Investmentfonds und Aktien auf Kursverluste und inwieweit er auf tatsächliche Verkäufe zurückzuführen ist.

2 Diese Verringerung des insgesamt von den österreichischen Banken in Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren veranlagten Volumens ist auf eine einzige Großbank zurückzuführen und dürfte in Zusammenhang mit internen Umstrukturierungsmaßnahmen stehen.

Quartal 2001 auf 45 Mrd EUR Ende Juni 2002 zurückzuführen. Das in Investmentfonds und Aktien veranlagte Volumen verringerte sich während dieses Zeitraums nur geringfügig von knapp 14 Mrd EUR auf 13,8 Mrd EUR bzw. von 3,5 Mrd EUR auf 3,2 Mrd EUR.

Unverändert starke Aktivitäten der österreichischen Banken in den zentral- und osteuropäischen Ländern

Die Entwicklung im ersten Halbjahr 2002 zeigt weiterhin ein starkes Engagement der österreichischen Banken bei den Privatisierungen im Finanzdienstleistungsbereich in den zentral- und osteuropäischen Ländern. Der Schwerpunkt der Akquisitionstätigkeit hat sich etwas verlagert; neben Kroatien und Slowenien beteiligen sich die großen österreichischen Banken nunmehr verstärkt bei Privatisierungen in Bosnien und Herzegowina, Serbien, Rumänien und Bulgarien. Die Umsetzung des Netzwerkgedankens hat inzwischen zu einer flächendeckenden Präsenz in Zentral- und Osteuropa geführt; z. B. ist die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) bereits in zwölf Ländern und die Bank Austria Creditanstalt (BA-CA) in zehn Ländern mit Tochterbanken vertreten. Seit Oktober 2002 notiert die Aktie der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG (Erste Bank) erstmals an der Prager Börse.

Die Bilanzsumme der in Tabelle 6 erfassten Kommerzbanken¹⁾ lag im Juni 2002 bei 46,7 Mrd EUR, was einen Zuwachs von etwa 6,5 Mrd EUR seit dem Jahresende 2001 bedeutet. In diesen Zahlen sind aber die Aktivitäten in Polen, Bosnien und Herzegowina sowie in Rumänien nicht enthalten; die Berücksichtigung dieser Länder würde eine Bilanzsumme von über 60 Mrd EUR ergeben. Der Mitarbeiterstand hat sich im ersten Halbjahr 2002 nur leicht auf 31.400 erhöht (Dezember 2001: 30.300 Mitarbeiter); mit 14.700 Mitarbeitern entfallen fast 50% auf die Tschechische Republik, wo es unter anderem durch Rationalisierungsmaßnahmen zu einem leichten Rückgang der Mitarbeiterzahl kam. Vor allem auf Grund der bereits erwähnten Übernahmen in Kroatien ist die Anzahl der Geschäftsstellen weiter von 1.578 auf 1.665 gestiegen.

Die Ertragssituation weist im ersten Halbjahr 2002 ebenfalls eine positive Tendenz auf. Das Betriebsergebnis liegt mit 383 Mio EUR deutlich über den Vergleichswerten des Vorjahres (261 Mio EUR). Zum Wachstum des Betriebsergebnisses tragen nicht nur die erweiterten Geschäftsaktivitäten durch die neuen Bankenübernahmen bei, sondern auch die zum Teil bereits erfolgreich abgeschlossenen Umstrukturierungen, die in einzelnen Fällen zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung geführt haben. Im Rahmen der laufenden Modernisierungsmaßnahmen werden vornehmlich Investitionen in das Filialnetz und die EDV getätigt. Der Beitrag des Osteuropageschäfts zum Konzernbetriebsergebnis der RZB lag Ende 2001 bei beachtlichen 66%; die entsprechenden Werte bei der Erste Bank und der BA-CA waren 41 und 31%. Ein Vergleich mit den Anteilen an der Konzernbilanzsumme, die zwischen 8 und 24% liegen, zeigt die große Bedeutung dieser Länder für die Ertragssituation der österreichischen Großbanken.

¹⁾ In den Werten für Juni 2002 sind auch die aktuellen Übernahmen, wie jene der Riječka banka (Kroatien), der Istrobanka (Slowakische Republik) und der Krekova banka (Slowenien) enthalten.

Tabelle 6

Kennzahlen von mehrheitlich im Eigentum österreichischer Banken**stehenden Kommerzbanken in ausgewählten zentral- und osteuropäischen Ländern¹⁾**

	Bilanzsumme	Betriebs- ergebnis	Risikokosten	Marktanteil	ROE	Mitarbeiter	Geschäfts- stellen
	in Mio EUR			in %		Anzahl	
Kroatien							
Juni 2001	2.461	45	– 9	14	22	1.422	65
Dezember 2001	3.885	90	– 8	18	38	2.108	81
Juni 2002	5.681	60	– 15	28	30	3.240	162
Slowakische Republik							
Juni 2001	7.790	70	– 9	40	24	8.994	555
Dezember 2001	8.507	115	– 1	40	21	8.851	566
Juni 2002	9.311	79	– 18	43	14	9.428	552
Slowenien							
Juni 2001	780	7	– 2	5	11	407	15
Dezember 2001	944	13	– 5	5	3	413	15
Juni 2002	1.501	9	– 4	7	17	664	31
Tschechische Republik							
Juni 2001	17.595	95	– 41	21	8	16.333	754
Dezember 2001	21.159	272	– 87	25	11	15.486	756
Juni 2002	24.118	188	– 12	27	18	14.683	754
Ungarn							
Juni 2001	4.264	44	– 8	16	19	2.920	137
Dezember 2001	5.742	98	– 16	15	17	3.455	160
Juni 2002	6.043	47	– 11	15	14	3.380	166
Summe							
Juni 2001	32.890	261	– 69	x	x	30.076	1.526
Dezember 2001	40.237	588	–115	x	x	30.313	1.578
Juni 2002	46.654	383	– 60	x	x	31.395	1.665

Quelle: OeNB.

¹⁾ Werte (in Summe) je Land; aus Datenschutzgründen ohne Polen; Zahlen gerundet; Werte ab Dezember 2001 nach Fusionen mit Tochterbanken der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG.

Die Risikokosten für die österreichischen Banken haben sich trotz der schwächeren Konjunktur nicht erhöht und sind im ersten Halbjahr 2002 mit 60 Mio EUR weitgehend unverändert geblieben (erstes Halbjahr 2001: 69 Mio EUR); in der Tschechischen Republik sind sie stark rückläufig; Zuwächse zeigen sich in der Slowakischen Republik, aber auch insbesondere in Polen (das aus Datenschutzgründen nicht in Tabelle 6 enthalten ist). Der Return on Equity (ROE) liegt im Juni innerhalb einer Bandbreite von 14% (Ungarn und Slowakische Republik) bis 30% (Kroatien) und zeigt keine einheitliche Tendenz: Verbesserungen in Slowenien und der Tschechischen Republik standen Rückgänge in Kroatien, der Slowakischen Republik und vor allem in Polen gegenüber.

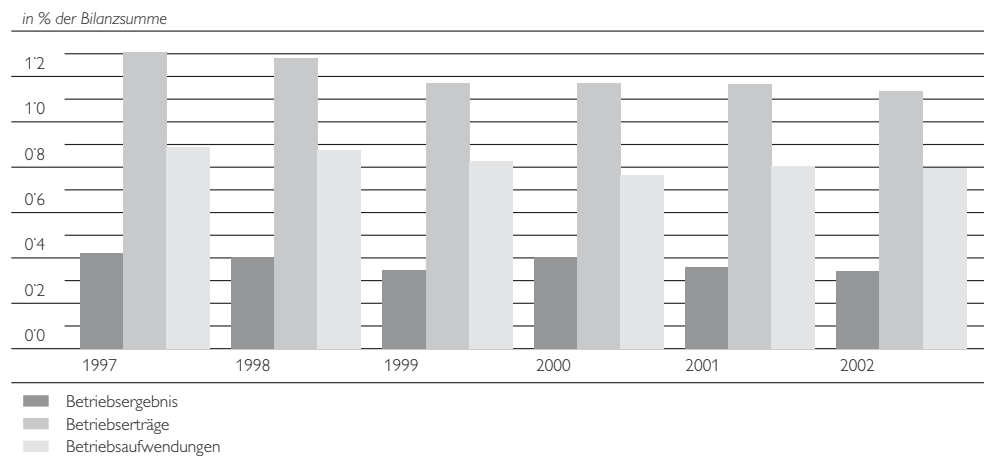
Die im österreichischen Mehrheitsbesitz befindlichen Banken konnten ihre Marktanteile behaupten und zum Teil weiter ausbauen. Eine leichte Verbesserung gab es in der Slowakischen Republik, wo der Marktanteil der österreichischen Tochterbanken bereits bei beachtlichen 43% liegt, aber auch in der Tschechischen Republik (27%). In beiden Ländern wurde insbesondere durch die Česká Spořitelna und Slovenská Sporiteľňa eine gute Marktposition aufgebaut. Der Marktanteil in Ungarn ist stabil bei 15%, während es in Kroatien unter anderem durch die Übernahme der Rijecka banka zu einem deutlichen Sprung auf 28% kam.

Trotz stabilem Zinsgeschäft Verschlechterung der Ertragslage durch höheren Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich zu erwarten

Als Folge der Konjunkturabschwächung in den Industrieländern sowie der steigenden Verschuldung und der sinkenden Gewinne des Unternehmenssektors sind die österreichischen Banken – ebenso wie die europäischen Banken – mit einer Verschlechterung der Kreditqualität konfrontiert. Die Banken haben darauf mit einer Ausweitung ihrer Wertberichtigungen auf Kundenforderungen reagiert, wobei die zu erwartenden vermehrten Kreditausfälle im Jahr 2002 bei den Banken in vielen europäischen Ländern zu Ertragseinbußen führen dürften; die österreichischen Banken sind von dieser Entwicklung ebenfalls betroffen.

Grafik 32

Betriebsergebnis der in Österreich tätigen Kreditinstitute¹⁾



Quelle: OeNB.
¹⁾ Halbjahreswerte.

Das Betriebsergebnis der in Österreich tätigen Kreditinstitute hat sich im ersten Halbjahr 2002 in der unkonsolidierten Betrachtung¹⁾ gegenüber der Vergleichsperiode 2001 um 2,1% auf 2 Mrd EUR verringert. Die deutliche Steigerung des Nettozinsetrags um 4,4% auf 3,5 Mrd EUR reichte nicht aus, um die Rückgänge bei den Provisionserträgen und den Finanzgeschäften sowie die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen zu kompensieren. Mitte 2002 weisen nur noch 4 der 30 größten Banken ein Betriebsergebnis von über 1% der Bilanzsumme aus. In der Sektorbetrachtung erreichen die Sonderbanken mit 1,1% bzw. der Raiffeisensektor mit 1,0% die höchsten Relationen bei dieser Kennzahl.

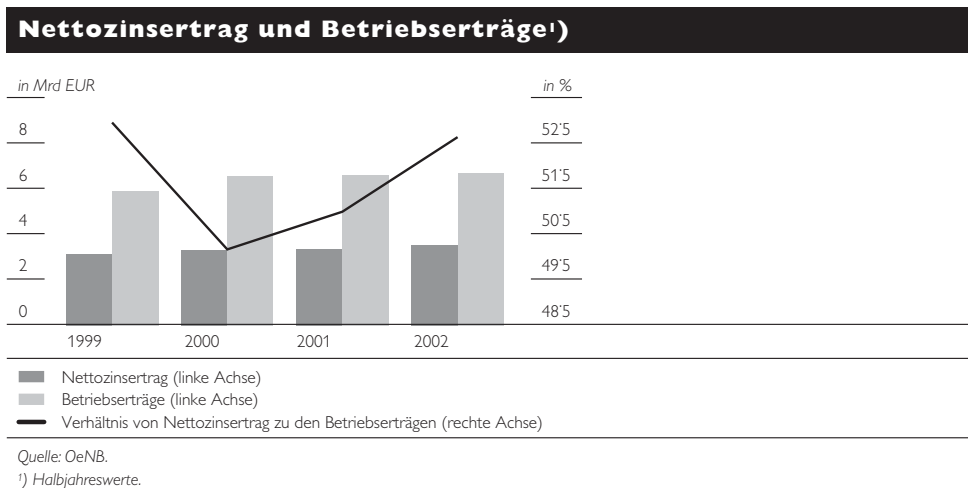
Die österreichischen Kreditinstitute konnten im ersten Halbjahr 2002 die Vorteile der steilen Zinskurve nutzen. Da die mittel- und langfristigen EURIBOR-Sätze deutlich über dem kurzfristigen Hauptrefinanzierungssatz der EZB lagen, ergaben sich Ertragspotenziale für die Banken. Die Zinsen und zinsähnlichen Erträge lagen mit 11,9 Mrd EUR zwar um 16,8% unter dem Wert der Vergleichsperiode 2001, gleichzeitig verringerten sich aber die Zinsen und zinsähnlichen Aufwendungen mit 23,3% deutlich stärker. Dabei

¹⁾ Im Quartalsbericht werden die Ertragsdaten der in Österreich tätigen Kreditinstitute auf unkonsolidierter Basis erfasst. Die Ausführungen basieren auf den Daten der Quartalsberichtsmeldung vom Juni 2002.

dürften seitens der Banken auch die günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten durch die gestiegene Attraktivität der Spareinlagen eine Rolle gespielt haben. Damit hat sich die Bedeutung des Zinsgeschäfts für die Betriebserträge (insgesamt) weiter erhöht. Die Relation Nettozinsenertrag zu den gesamten Betriebserträgen konnte um 1,6 Prozentpunkte auf einen Wert von 52,6% gesteigert werden (siehe Grafik 33). In der Sektorbetrachtung zeigt sich die große Bedeutung des Zinsgeschäfts bei den Landes-Hypothekenbanken (71%), den Bausparkassen (61%), aber auch bei den drei mehrstufigen Sektoren Sparkassen (56,7%), Raiffeisenbanken (53,4%) und Volksbanken (55,6%). Gerade in einem volatilen Marktumfeld mit starken Preisschwankungen bei Wertpapieren wirkt ein höherer Anteil des Zinsgeschäfts stabilisierend auf die Bankerträge.

Während sich der Nettozinsenertrag im ersten Halbjahr 2002 positiv entwickelte, reduzierte sich der Saldo aus dem Provisionsgeschäft neuerlich und lag um 3,5% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Auf Grund der schwachen Kursentwicklung an den Börsen und dem sinkenden Interesse der Anleger an Aktien sind die Handelsvolumina rückläufig, was sich deutlich in den gesunkenen Provisionserträgen aus dem Wertpapiergeschäft widerspiegelt. Auch die Provisionserträge aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft reduzierten sich seit der physischen Einführung des Euro Anfang 2002 durch den Wegfall der Wechselspesen bei jenen Währungen, die im Euro aufgegangen sind. Nur bei den Provisionserträgen aus dem Dienstleistungsgeschäft und dem Zahlungsverkehr konnten Anstiege erzielt werden.

Grafik 33



Die schlechte Stimmung auf den Finanzmärkten hat auch Auswirkungen auf den Eigenhandel der Kreditinstitute, der strukturell durch eine höhere Volatilität gekennzeichnet ist. Der Saldo aus Finanzgeschäften hat sich im ersten Halbjahr 2002 gegenüber der Vergleichsperiode 2001 – wegen Einbußen im Wertpapiergeschäft – mit 21,2% markant verringert.

Den um 1,2% leicht gestiegenen Betriebserträgen stand eine wengleich moderate, so doch stärkere Erhöhung der Betriebsaufwendungen um 2,7% gegenüber. Daraus resultierend verschlechterte sich die Cost/Income Ratio um 1,0 Prozentpunkt auf 70,1%. Die durchschnittliche Cost/Income Ratio der 30 größten Banken weist zwar mit 66,3% eine bessere Relation auf, die

Werte sind jedoch tendenziell schlechter als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für den Zuwachs bei den Betriebsaufwendungen waren vor allem die Personalaufwendungen mit einer Zunahme von 3,7% verantwortlich. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand) haben sich im ersten Halbjahr 2002 nur leicht um 0,8% erhöht (erstes Halbjahr 2001: +9,4%). Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die Entwicklung der Kosten verstärkt an die nur geringen Zuwächse auf der Ertragsseite anzupassen.

Auf Basis der quartalsweise aktualisierten unkonsolidierten Vorschauwerte für das gesamte Geschäftsjahr lässt sich nach Vorliegen der Halbjahreswerte eine Verschlechterung der Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute prognostizieren. Der für das gesamte Geschäftsjahr 2002 erwartete Jahresüberschuss in Höhe von 1,5 Mrd EUR liegt mit 32% deutlich unter dem Schätzwert des Jahres 2001. Dies ist einerseits auf den gestiegenen erwarteten Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich und andererseits auf den aufwandswirksamen Saldo von Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen zurückzuführen. Der Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich, der bereits im Jahr 2001 gestiegen ist, wird mit fast 2 Mrd EUR um 16,5% über dem geschätzten Wert der Vergleichsperiode 2001 angesetzt. Dies spiegelt die weitere Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit von Unternehmen und privaten Kunden auf Grund des schwachen Konjunkturverlaufs wider.

Bei den Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen wird für das Geschäftsjahr 2002 erwartet, dass mehr Wertberichtigungen gebildet als aufgelöst werden. Diese Entwicklung steht im starken Kontrast zu den Vorjahren, in denen immer ein positiver Ergebnisbeitrag festgestellt worden ist.

Auch in der konsolidierten Betrachtung¹⁾ zeigt sich ein ähnliches Bild. Zwar steigt das Betriebsergebnis dank höherer Erträge leicht an, wobei sich die Erträge aus den zentral- und osteuropäischen Tochtergesellschaften positiv auswirken, durch die hohen Risikokosten dürfte aber das erwartete Jahresergebnis für das Jahr 2002 ähnlich rückläufig werden wie in der unkonsolidierten Betrachtung. Aus den Vorschauwerten lassen sich einige Tendenzen sowohl für die systemrelevanten Bankkonzerne als auch die Primärbanken (ohne Großbanken) ableiten:²⁾ Das Zinsgeschäft entwickelt sich im Jahresvergleich äußerst positiv. Das Provisions- und Handelsergebnis konnte trotz der schwierigen Marktlage ebenfalls ausgebaut werden. Das gestiegene Betriebsergebnis ist aber nicht in der Lage, die Zuwächse bei den Risikokosten abzufangen. Daher ist sowohl bei den Bankkonzernen als auch bei den Primärbanken (ohne Großbanken) wegen der hohen Risikokosten mit einem schlechteren Jahresergebnis zu rechnen. Diese Entwicklung ist weitgehend unabhängig von der Größe der Banken und zeigt sich sowohl bei den Bankkonzernen als auch bei den kleineren Banken. Der Anstieg der Kreditrisiken und die daraus resultierende Notwendigkeit, Vorsorgen zu bilden, ist daher ein wesentlicher Einflussfaktor für die Entwicklung der Ertragssituation.

1 In der konsolidierten Betrachtung werden die vorläufigen Konzernergebnisse von Bank Austria AG, Erste Bank, BAWAG/P.S.K.-Gruppe, RZB und Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) für das erste Halbjahr 2002 berücksichtigt.

2 Vergleiche mit dem Vorjahr sind auf Grund von Umstrukturierungen und Umschichtungen nur beschränkt aussagekräftig.

Zum ROE lassen sich – ohne auf die unterschiedlichen Berechnungsmethoden näher einzugehen – folgende grundsätzliche Aussagen treffen. Der durchschnittliche ROE (in der unkonsolidierten Betrachtung) ist im ersten Halbjahr 2002 rückläufig, wobei sich kaum wesentliche Unterschiede bei einer Betrachtung nach Bankengröße zeigen: Der Durchschnitt liegt sowohl global als auch bei den 30 größten Banken bei ungefähr 5%. Weiters fällt auf, dass sowohl bei den Einzelbanken als auch bei den Sektoren die Werte stark differieren.

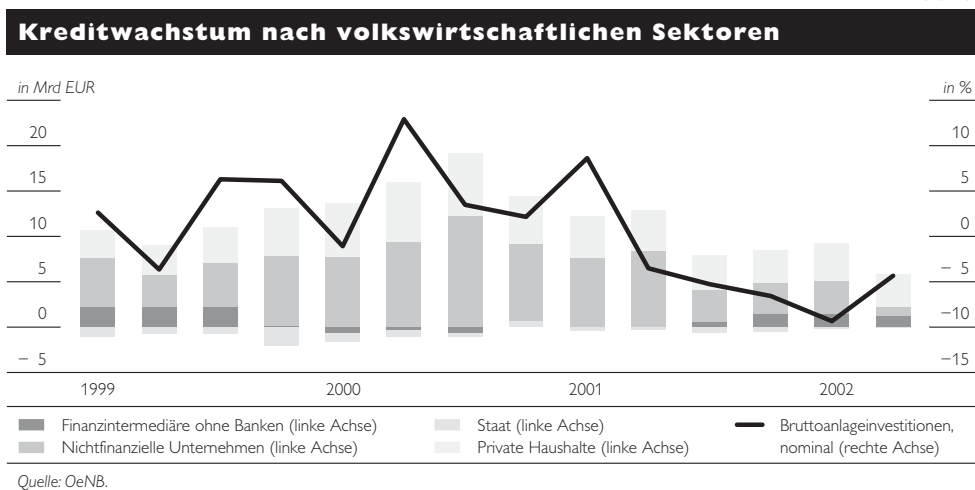
Konjunkturabschwung schwächt Kreditwachstum

Der derzeitige konjunkturelle Abschwung drückt auch auf die Wachstumsraten bei der Kreditvergabe. Im Juni 2002 lag das Kreditwachstum mit 3% im unteren Bereich der Zuwachsraten der letzten Jahre. Seit Mitte des Vorjahres lässt sich zudem erkennen, dass der Rückgang des Kreditwachstums bei den Großbanken besonders stark ausfällt. Zum Ende des zweiten Quartals 2002 betrug die jährliche Wachstumsrate bei den Großbanken lediglich 1,3% und erreichte damit auch einen längerfristigen Tiefstand (zum Vergleich die Zahlen aus den beiden Vorjahren: 2001: 6,6%; 2000: 9,1%). Bei der Medianbank verringerte sich zur Jahresmitte 2002 das Kreditwachstum ebenfalls, jedoch weniger drastisch als bei den zehn größten Banken. Im Vergleich zum Vorjahr fiel im Juni 2002 die Wachstumsrate der Direktkredite von 5,1 auf 3,8%.

Betrachtet man die Entwicklung des Kreditwachstums nach volkswirtschaftlichen Sektoren, so zeigt sich ein neuerlich starker Rückgang beim Wachstum von Unternehmenskrediten (siehe Grafik 34). Das jährliche Kreditwachstum der Unternehmenskredite lag im Juni 2002 bei mageren 1,0%, nachdem bereits im Vorjahr eine deutliche Reduzierung des Wachstums stattgefunden hatte. Diese Entwicklung geht einher mit der konjunkturell bedingten rückläufigen Investitionstätigkeit, deren nominales Wachstum seit dem zweiten Quartal 2001 negativ verläuft; dies dürfte für die schwache Nachfrage nach Unternehmenskrediten mitverantwortlich sein.

Im Vergleich zu den Unternehmenskrediten blieb die Veränderung der Kredite an private Haushalte relativ stabil. Der private Konsum ist in den letzten Quartalen zurückgegangen und das Wachstum der Kredite an private

Grafik 34



Haushalte hat sich von 4·5% im zweiten Quartal des Vorjahres auf 3·6% im Vergleichsquarter 2002 verringert.

Seit dem dritten Quartal 2001 lässt sich ein gesteigerter Kreditbedarf bei inländischen Finanzintermediären (ohne Banken) feststellen. Damit lag der Wachstumsbeitrag des Finanzintermediärsektors mit 20·9% im zweiten Quartal 2002 erstmals über dem Wachstumsbeitrag des (nichtfinanziellen) Unternehmenssektors (17·9%). Die wachsende Kreditnachfrage der Finanzintermediäre, die im Jahr 2001 auf den plötzlichen Kreditbedarf von Versicherungen nach dem 11. September 2001 zurückzuführen sein dürfte, könnte sich im Verlauf des Jahres 2002 im Hinblick auf die diesjährige Hochwasserkatastrophe durchaus noch fortsetzen.

Verschlechterung der Kreditqualität im ersten Halbjahr 2002

Mit den seit Juni 2002 verfügbaren Daten aus den jährlich zu erstellenden bankaufsichtlichen Prüfberichten kann eine Beurteilung der Kreditqualität und des damit verbundenen Kreditrisikos der österreichischen Banken zum Ultimo 2001 vorgenommen werden. Generell lässt sich feststellen, dass sich die Kreditqualität Ende 2001 als zufrieden stellend erweisen und sich im Vergleich zum Jahr 2000 groÙtenteils verbessert hat. Insbesondere für die Medianbank, also jene Bank, für die gilt, dass 50% aller Kreditinstitute eine schlechtere und 50% eine bessere Kreditqualität aufweisen, zeigt sich für das Jahr 2001 eine erfreuliche Entwicklung. Mit einem Anteil von 0·10% am gesamten Kreditvolumen wird bei den *zins- und ertraglosen*¹⁾ Forderungen ein Tiefstwert erreicht; ebenso reduzierten sich im Jahr 2001 die *notleidenden* (von 2·44 auf 2·34%) und die *uneinbringlichen* Forderungen (von 0·55 auf 0·49%; siehe Tabelle 7).

Unter den globalen Durchschnittswerten lagen im Jahr 2001 auch die – gemessen an der Bilanzsumme – zehn größten Banken Österreichs, die damit eine überdurchschnittliche Kreditqualität verzeichneten, wobei allerdings die

Tabelle 7

Kreditqualität gemäß bankaufsichtlichem Prüfbericht						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Anteil am Gesamtvolumen der Kredite in %						
Zins- und ertraglose Forderungen an Kunden						
50-Prozent-Quantil (Medianbank)	0·15	0·10	0·19	0·16	0·12	0·10
Mittelwert der zehn größten Banken	1·18	1·14	1·15	1·05	0·95	0·77
95-Prozent-Quantil	4·05	3·89	3·82	3·93	3·38	3·61
Notleidend						
50-Prozent-Quantil (Medianbank)	2·10	2·28	2·43	2·30	2·44	2·34
Mittelwert der zehn größten Banken	2·56	2·92	2·07	1·98	1·73	1·78
95-Prozent-Quantil	8·20	8·67	8·64	8·87	9·07	9·25
Uneinbringlich						
50-Prozent-Quantil (Medianbank)	0·38	0·53	0·55	0·57	0·55	0·49
Mittelwert der zehn größten Banken	0·48	0·44	0·48	0·51	0·48	0·46
95-Prozent-Quantil	3·86	4·17	4·15	4·11	4·01	4·04

Quelle: OeNB; siehe auch die Erläuterungen in Fußnote 1 auf dieser Seite.

1 Als *zins- und ertraglos* gelten jene Forderungen an Kunden, bei denen in nächster Zeit nicht mit Zahlungen zu rechnen ist. *Notleidende* Forderungen sind Forderungen, bei denen Ausfälle zu erwarten sind. *Uneinbringlich* sind jene Forderungen, die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits realisierte Ausfälle darstellen.

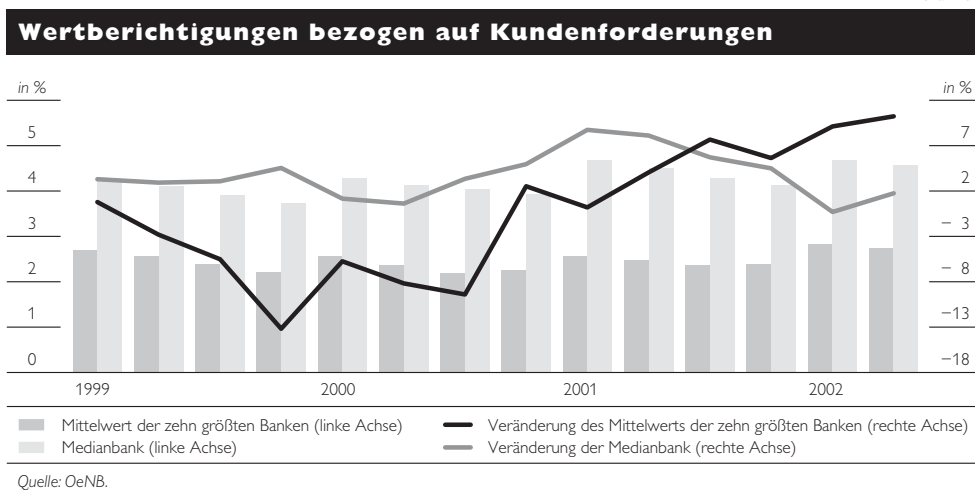
notleidenden Kredite im Vergleich zum Vorjahr leicht von 1,73 auf 1,78% zunahm. Der Anteil der uneinbringlichen Kredite an den Gesamtkrediten lag Ende 2001 bei 0,46%.

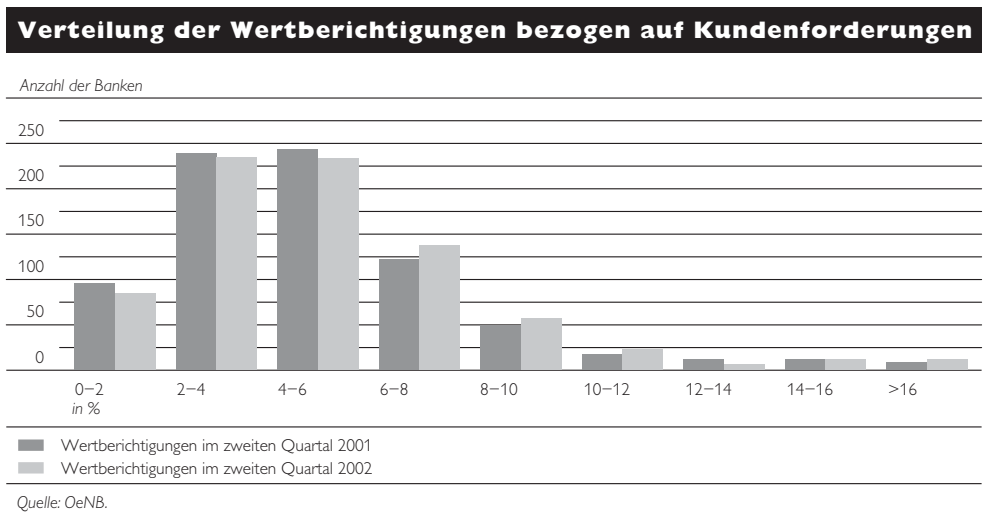
Für die Betrachtung der Banken mit einer schlechteren Kreditqualität wurde das 95-Prozent-Quantil herangezogen; es gibt den Wert jener Bank wieder, für den gilt, dass 95% aller Banken einen kleineren Wert und damit eine bessere Kreditqualität aufweisen. Hier zeigt sich, dass sich die Werte für 2001 im Vergleich zum Vorjahr in allen Kategorien leicht verschlechtert haben. Insbesondere bei den notleidenden Krediten stiegen die Werte des 95-Prozent-Quantils während der letzten Jahre kontinuierlich bis auf 9,25% (Ende 2001).

Da der bankaufsichtliche Prüfbericht lediglich Daten auf Jahresbasis enthält, muss zur unterjährigen Beurteilung der Kreditqualität der österreichischen Banken auf die im Rahmen des Monatsausweises gemeldeten Wertberichtigungen zurückgegriffen werden. Aus den Forderungen gegenüber Kreditinstituten resultiert erfahrungsgemäß nur ein geringer Anteil am gesamten Wertberichtigungsbedarf, zur Mitte des Jahres 2002 lag dieser Anteil bei 1,5%. Für Stabilitätsüberlegungen relevant sind hingegen die auf Kundenforderungen bezogenen Wertberichtigungen.

Für die systemrelevanten (zehn größten) Banken zeigt der Wertberichtigungsbedarf für Kundenforderungen in den beiden ersten Quartalen 2002 weiterhin steigende Tendenz, wobei die Steigerungsrate zunimmt. Veränderungen werden auf Grund des saisonalen Musters in den Daten sinnvoller Weise im Jahresabstand beurteilt. Im Juni 2002 gab es eine deutliche Zunahme um 10,2% im Vergleich zum Vorjahreswert auf nunmehr 2,8% (siehe Grafik 35). Diese Entwicklung spiegelt das wirtschaftliche Umfeld wider, in welchem die österreichischen Großbanken agieren. Auch bei größeren Betrieben hat sich in der jüngeren Vergangenheit die steigende Ausfallgefahr in Form von Insolvenzen manifestiert. Bei der Medianbank gab es bei den Wertberichtigungen zu Beginn des Jahres 2002 keine wesentliche Änderung zum Vorjahr, zur Jahresmitte zeigte sich aber eine leichte Steigerung um 1,8% auf einen Wert von 4,6%. Somit liegt der Mittelwert der zehn größten Banken weiterhin deutlich unter dem Wert der Medianbank.

Grafik 35





Zur Beurteilung von Veränderungen des gesamten Kreditportefeuilles des österreichischen Bankensystems anhand der gemeldeten Wertberichtigungen für Kundenkredite dient Grafik 36. Sie zeigt die Verteilung der Wertberichtigungen jeweils zur Mitte der Jahre 2001 und 2002, wobei sich eine Verschiebung nach rechts ablesen lässt; dies deutet auf eine Verschlechterung der Kreditqualität hin, die wohl nicht dramatisch, aber dennoch deutlich erkennbar ist. So sind etwa 3% der Institute, welche zuvor einen Wertberichtigungsbedarf zwischen 0 und 6% hatten, in den überdurchschnittlichen Bereich von mehr als 6% gewandert. Eine Verschlechterung im Bereich jener Banken, die bereits zur Jahresmitte 2001 einen als groß zu bezeichnenden Wertberichtigungsbedarf hatten (über 10%), ist allerdings nicht eingetreten: Hier blieb die Anzahl der betroffenen Institute im Wesentlichen gleich.

Eigenmittelausstattung der Kreditinstitute zufrieden stellend

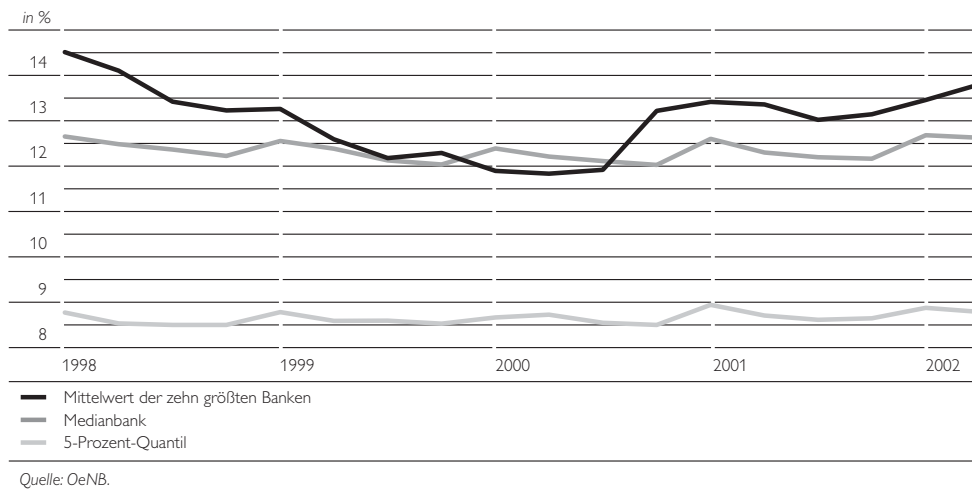
Generell zeigt sich in den letzten Jahren eine Tendenz zur höheren Eigenmittelausstattung. Mit Werten zwischen 11,8 und 14,5% weist die unkonsolidierte Eigenmittelquote der zehn größten Banken seit Ende 1998 höhere Schwankungen auf als die Medianbank. Seit dem letzten Quartal 2001 lässt sich eine Erhöhung auf 13,8% beobachten. Die Medianbank weist seit Jahren konstant einen Wert um die 12% auf und verfügt im Juni 2002 über eine Eigenmittelquote von 12,6%. Sie liegt damit etwas mehr als einen Prozentpunkt unter der Eigenmittelausstattung der zehn größten Banken.

Selbst jene Banken, die eine unterdurchschnittliche Eigenkapitalausstattung aufweisen, liegen mit ihrer Eigenmittelquote deutlich über dem 8-Prozent-Niveau. Das in der Grafik 37 dargestellte 5-Prozent-Quantil (das heißt, lediglich 5% der Banken weisen noch schlechtere Werte auf), zeigt eine Eigenkapitalquote von fast 8,9%.

Eine sektorspezifische Betrachtung der Eigenmittelausstattung zeigt eine Verbesserung insbesondere im Volksbanken- und im Sparkassensektor (siehe Tabelle 8). Abgesehen von den Sonderbanken verfügt der Sparkassensektor über die höchste Eigenmittelausstattung aller Sektoren; im Juni 2002 betrug sie 16,5%. Die Bausparkassen weisen mit 9,8% im Juni 2002 zwar die niedrigste

Grafik 37

Kapitaladäquanz (unkonsolidiert)



Eigenmittelquote auf, haben den Wert aber im Vergleich zum Vorjahr (9,4%) wieder erhöht.

Da die derzeitige Eigenmittelausstattung der Banken seit Jahren deutlich über dem gemäß Bankwesengesetz (BWG) erforderlichen Mindestwert von 8% liegt, kann davon ausgegangen werden, dass die neuen Eigenmittelerfordernisse den österreichischen Kreditinstituten keine wesentlichen Probleme bereiten werden. Im Herbst 2002 ist im Rahmen der Vorbereitungen zur Neufassung der Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) die dritte quantitative Auswirkungsstudie, die so genannte QIS 3 (siehe Kasten „Quantitative Impact Study 3“), gestartet worden.

Tabelle 8

Eigenmittelquoten nach Sektoren

	Juni 1998	Juni 1999	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002
in %					
Aktienbanken	12,8	12,0	11,3	13,0	12,2
Sparkassen	15,0	14,5	14,5	15,8	16,5
Landes-Hypothekenbanken	12,3	12,0	11,5	11,5	11,1
Raiffeisenbanken	12,1	11,7	11,9	13,0	13,5
Volksbanken	12,1	11,4	10,6	11,7	13,0
Bausparkassen	8,5	10,2	9,5	9,4	9,8
Sonderbanken	27,1	31,3	25,9	23,8	24,3
Global	13,6	13,2	12,9	14,0	14,2

Quelle: OeNB.

Quantitative Impact Study 3

Mit Oktober 2002 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht eine umfassende Feldstudie für Banken unter dem Titel „Quantitative Impact Study 3“ (QIS 3) gestartet. Im Rahmen der Vorbereitungen zu Basel II soll die QIS 3 Informationen liefern, ob die derzeitigen Vorschläge zur Risikogewichtung dem Ziel der verstärkten Risikodifferenzierung gerecht werden. Die Studie wird daher zum einen Auskunft geben, ob und in welcher Form die Formeln und Prozentsätze, die im bisherigen Konsultationsprozess entwickelt wurden, noch modifiziert werden müssen. Zum anderen können die Ergebnisse der Studie auch Informationen über zukünftige Eigenmittelanforderungen bereitstellen, die sich für Banken auf Grund der neuen Vorschriften ergeben werden. Berücksichtigt werden in der Studie alle Ansätze zur Berechnung des Kreditrisikos (Standardansatz, IRB-Ansatz [Internal Ratings Based], fortgeschrittener IRB-Ansatz) sowie die Kapitalkosten für die Unterlegung durch Wertpapiere und für operationales Risiko.

Der QIS 3 sind bereits drei Studien vorausgegangen (QIS 1, QIS 2, QIS 2.5), zwei davon im Jahr 2001. Bei der QIS 2, an der 138 Banken aus 25 Ländern mitgearbeitet haben, ergab sich auf Grund der damaligen Berechnungsformeln ein erhöhter Bedarf an Eigenmitteln, während die QIS 2.5 im Zuge von Modifikationen der Berechnung (etwa verstärkte Anerkennung von Sicherheiten oder Veränderung von Risikogewichtungsfunktionen) zu einem weit gehenden Sinken der Eigenmittelerfordernisse, verglichen mit dem derzeitigen Basler Eigenkapitalakkord, führte.

An der QIS 3 werden nach aktuellem Stand insgesamt rund 300 Banken in mehr als 45 Ländern teilnehmen. Auch in Österreich beteiligt sich eine große Anzahl an Banken unter der Betreuung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) an dieser Studie. Die teilnehmenden Banken, die einen repräsentativen Querschnitt großer und kleiner Banken aus verschiedenen Sektoren mit verschiedenen Rating-Ansätzen usw. darstellen, sollen mindestens 80% ihrer globalen Aushaftungen in die Berechnungen einbeziehen. Aus den Einzelberichten der Banken erstellen die teilnehmenden Staaten einen Länderreport, auf dessen Basis die Daten weiter aggregiert werden (z. B. für G-10-Staaten, Nicht-G-10-Staaten innerhalb der EU usw.). In einem weiteren Schritt werden die Resultate schließlich in das neue Konsultationspapier eingearbeitet, das im zweiten Quartal 2003 erscheinen soll.

Gemeinsam mit der Informationsoffensive der OeNB in den österreichischen Bundesländern im Herbst 2002 soll diese Studie die österreichischen Banken auf die kommenden Herausforderungen im Rahmen von Basel II vorbereiten.

Andere Finanzintermediäre

Wachsende Bedeutung der institutionellen Investoren und Finanzmärkte für die Altersvorsorge

Der Großteil der Pensionen wird in den meisten EU-Staaten zurzeit noch über das Umlageverfahren finanziert. Die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhende private Altersvorsorge, wie sie von institutionellen Investoren angeboten wird, erfreut sich jedoch wachsender Beliebtheit, weshalb in Zukunft mit einem zunehmenden Kapitalvolumen zu rechnen ist. Die gesamten Vermögensbestände der Pensionseinrichtungen (staatliche und private Vorsorge) in der EU beliefen sich im Jahr 2000 auf rund 44% des BIP. Bis zum Jahr 2010 wird mit einem Anstieg dieses Werts auf über 70% gerechnet. Die europäischen Kapitalmärkte müssen in der Lage sein, Kapitalbewegungen dieses Ausmaßes ohne destabilisierende Effekte zu bewältigen.

Die Finanzmärkte haben bereits auf die neuen Marktentwicklungen reagiert. Die zunehmende Präsenz institutioneller Investoren auf den europäischen Märkten verstärkt den Wettbewerb und fördert die Effizienz der Finanzmärkte. Das zusätzliche Kapitalangebot erhöht die Liquidität und trägt zur Kostensenkung auf den Wertpapiermärkten bei. Allein in Österreich stieg das Veranlagungsvolumen heimischer Investmentfonds von rund 20 Mrd EUR Mitte der Neunzigerjahre auf 89,6 Mrd EUR im Jahr 2002. Aber auch in den bislang bankendominierten Finanzstrukturen sind Veränderungen zu erwarten. Im Zuge des verstärkten Wettbewerbs verschwimmen die Trennlinien zwischen den traditionellen Bankgeschäften und den Aufgaben von Versicherungen und Investmentfonds bereits heute zusehends. Angesichts des Rückgangs im Spareinlagengeschäft engagieren sich Banken vermehrt im Investmentbanking bzw. beteiligen sich an institutionellen Investoren. Damit kommt es zu einer verbesserten Risikodiversifizierung, was stabilisierend auf die Finanzmärkte wirkt. Die Notwendigkeit der Risikostreuung führt – neben Ertragsüberlegungen – in der Folge auch zu grenzüberschreitenden Investitionen, von denen in erster Linie die Emerging Markets¹⁾ profitieren, da diese nicht nur einen hohen Kapitalbedarf haben, sondern auch begrenzte Sparkapazitäten aufweisen.

Ein weiterer positiver Effekt der institutionalisierten Geldanlage besteht in der steigenden Nachfrage nach neuen Finanzprodukten, die den Ansprüchen der Investoren hinsichtlich Ertrag, Risiko und Laufzeit im Zuge der Portfoliooptimierung gerecht werden. Unterstützt werden diese Entwicklungen durch die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen auf nationalem und europäischem Niveau, wie z. B. durch die Umsetzung der OGAW-Richtlinie²⁾ oder den Richtlinienvorschlag³⁾ der Europäischen Kommission, der es Altersversorgungseinrichtungen künftig ermöglichen soll, betriebliche Altersversorgungssysteme von Unternehmen zu verwalten, die in anderen Mitglied-

1 Siehe dazu die Studie „Private Kapitalströme in die Emerging Markets in den Neunzigerjahren und die Auswirkungen auf die Finanzmärkte“ in diesem Heft.

2 Richtlinie 2001/108/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Jänner 2002 zur Änderung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) hinsichtlich der Anlagen der OGAW. Siehe dazu auch den Finanzmarktstabilitätsbericht 3 der OeNB, 2002, S. 50.

3 Richtlinienvorschlag KOM(2000) 507 endgültig vom 11. Oktober 2000 über die Tätigkeit von Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung.

staaten ansässig sind. Davon werden auch österreichische institutionelle Investoren im Zuge der EU-Erweiterung vermehrt profitieren. Bereits heute ist in den zentral- und osteuropäischen Staaten ein Trend hin zu einer verstärkten Veranlagung in Fonds feststellbar. Neben den stabilitätsfördernden Einflüssen, die von der zunehmenden Präsenz institutioneller Investoren ausgehen, dürfen jedoch die Gefahrenpotenziale nicht unberücksichtigt bleiben. So könnte der verstärkte Wettbewerb die Anleger in Zeiten anhaltender Börsenschwäche zu mehr Risikofreudigkeit veranlassen, um dem steigenden Ertragsdruck entsprechen zu können. Generell neigen institutionelle Investoren darüber hinaus zum Herdenverhalten, welches vor allem in Zeiten von Finanzkrisen Gefahrenpotenziale in Bezug auf die Stabilität der Finanzmärkte in sich birgt, die über die betroffenen Regionen hinausgehen können.

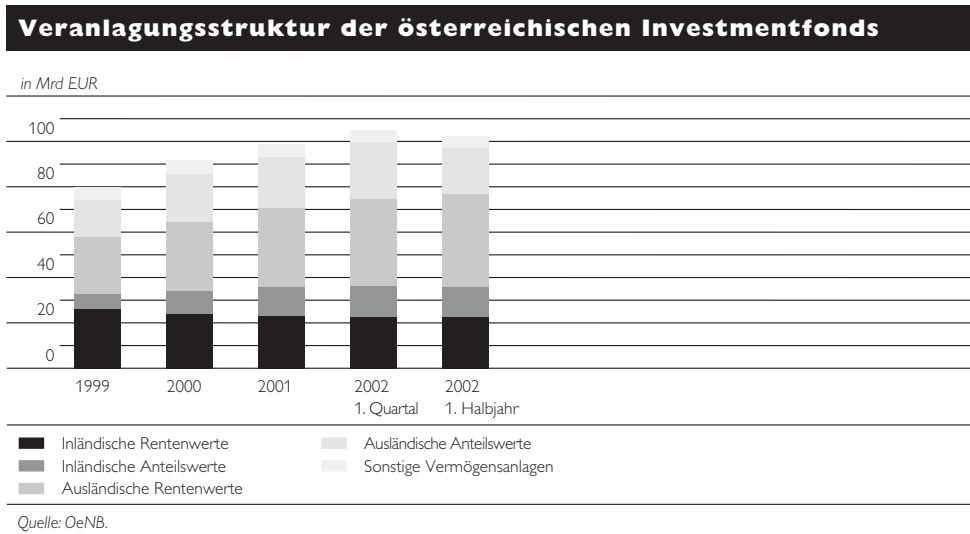
Moderate Entwicklung bei den Investmentfonds

Trotz der unsicheren Märkte und der schwachen Konjunkturentwicklung wurde von privaten und institutionellen Investoren im ersten Halbjahr 2002 ein Volumen von 7,9 Mrd EUR in Investmentzertifikaten neu veranlagt. Mit Juni 2002 betrug das von den 23 Kapitalgesellschaften in 1.806 Investmentfonds veranlagte Volumen 89,6 Mrd EUR. Dies entspricht allerdings nur einem moderaten Anstieg um 3,2% gegenüber Ende 2001, für den in erster Linie der Rückgang des veranlagten Volumens um 2,4 Mrd EUR im zweiten Quartal infolge der massiven Kurseinbrüche verantwortlich ist. Im Zuge der Kursverluste wies der Großteil der Aktienfonds und gemischten Fonds im ersten Halbjahr 2002 eine negative Performance auf, bei den Rentenfonds entwickelte sich hingegen ein Viertel negativ.

Der Vermögensbestand heimischer Investmentfonds stieg seit Ende 2001 um 3,5% auf 102,2 Mrd EUR, was zum Großteil auf die vermehrte Veranlagung in ausländischen Rentenwerten zurückzuführen ist, die im ersten Halbjahr 2002 um 5,8 Mrd EUR ausgeweitet wurden. Die ausländischen Anteilswerte verzeichneten hingegen einen Rückgang von 10%. Ebenso verringerten sich auch die Veranlagungen in heimischen Wertpapieren. Lediglich die inländischen Investmentzertifikate konnten eine geringe Zunahme verzeichnen, was sich zum Teil mit einem vermehrten Engagement heimischer Pensionskassen in dieser Veranlagungsform erklären lässt.

Mit 69,8 Mrd EUR wird der Großteil der Geldmittel von Publikumsfonds verwaltet, 32,3 Mrd EUR von Spezialfonds. Seit Ende 2001 zeigt sich eine Abnahme der Vermögensbestände der Publikumsfonds, während die Spezialfonds einen Zuwachs von 13,2% verzeichnen konnten, was sich in erster Linie in den im ersten Halbjahr 2002 neu aufgelegten Fonds mit einem Volumen von 4,3 Mrd EUR begründet. Entsprechend dem internationalen Trend zeichnet sich jedoch auch in Österreich bereits eine Straffung der Produktpalette ab, weshalb im Lauf des Jahres mit Zusammenlegungen von Fonds zu rechnen ist. Den Anlageschwerpunkt bei den Publikumsfonds bilden mit einem Anteil von 58,3% nach wie vor die Rentenfonds, gefolgt von den gemischten Fonds mit 21,2% und den Aktienfonds mit 19%. Die Geldmarktfonds nehmen mit 1,05 Mrd EUR einen geringen Anteil ein, seit Ende 2001 konnte jedoch – dem europäischen Trend entsprechend – ein Anstieg von rund 13% verzeichnet werden. Neben den Aktienfonds erfreuen sich auch auf europäischem Niveau

Grafik 38



die geldmarktnahen Fonds steigender Beliebtheit und nehmen damit rund 16% der gesamten Vermögensveranlagung europäischer Investmentfonds ein. In diesem Veranlagungsverhalten spiegelt sich die geringe Risikofreudigkeit der Anleger in Zeiten der Börsenunsicherheit wider. Bei Geldmarktfonds steht die Maximierung der Zinserträge bei geringstmöglichem Kapitalrisiko und der Aufrechterhaltung hoher Liquidität im Vordergrund. Diese Art von Fonds stellt daher eine der sichersten Anlageformen dar.

Grundsätzlich zeigt die Veranlagungsstruktur der österreichischen Investmentfonds mit rund 62% weiterhin eine klare Dominanz der Rentenwerte, gefolgt von den Investmentzertifikaten mit rund 17% sowie den Aktien und Beteiligungspapieren mit rund 16%.

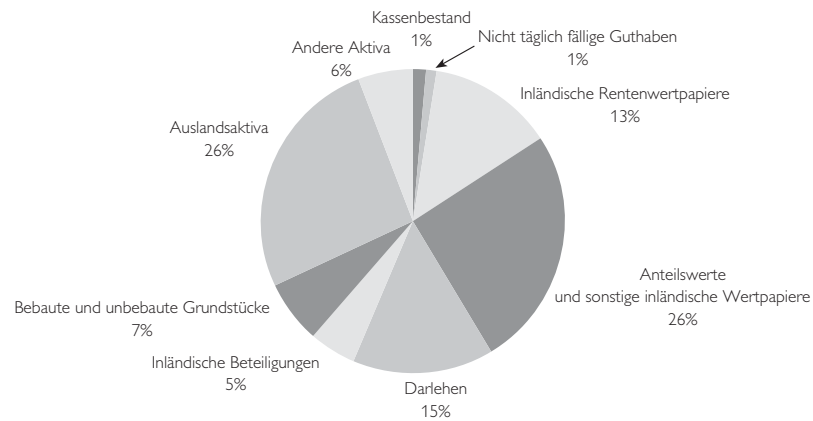
Schwache Entwicklung bei den Versicherungsunternehmen

Die hohen Verluste nach dem 11. September 2001 und die weltweite Börsenkrise haben die Versicherungsunternehmen nachhaltig beeinflusst. Dementsprechend weisen die österreichischen Versicherungsunternehmen eine schwache Entwicklung auf, was sich bereits auf die Leistungen insbesondere der Lebensversicherungen niederschlägt. Bei den zusätzlich zum garantierten Rechnungszinssatz gewährten Gewinnbeteiligungen wurden Rückgänge von vormals über 6% auf rund 5,5% angekündigt. Neben der Schwäche bei den Finanzanlagen sind die österreichischen Erstversicherer auch mit Kosten auf Grund der Hochwasserschäden vom August 2002 konfrontiert, wobei die Belastungen in Summe aber eher gering sein dürften, da zum einen viele Versicherungsnehmer in Österreich über keinen Versicherungsschutz gegen Hochwasserschäden verfügen und zum anderen ein großer Teil der Schäden durch Rückversicherungen gedeckt sein dürfte.

Einen positiven Beitrag zur Geschäftsentwicklung konnten bislang die ausländischen Töchter österreichischer Versicherungsunternehmen leisten, die sich in den letzten Jahren zunehmend im zentral- und osteuropäischen Raum engagierten. Die Aktivitäten liegen vor allem im Lebensversicherungsbereich, aber auch zunehmend in der Sachversicherung. So wurde z. B. in der Tschechi-

Anteilmäßige Verteilung der Aktiva

der österreichischen Versicherungsunternehmen per Juni 2002



Quelle: OeNB.

schen Republik die staatliche Kfz-Haftpflichtversicherung auch für den privaten Versicherungsmarkt geöffnet. Der Anteil der zentral- und osteuropäischen Länder am gesamten Prämienaufkommen bei den großen österreichischen Versicherungsunternehmen nimmt zu und beträgt bei einzelnen Instituten bereits mehr als 20%. Die osteuropäischen Töchter sind aber ebenfalls mit den Folgen der Flutkatastrophe konfrontiert.

Die österreichischen Versicherungsunternehmen verfügen jedoch über stille Reserven, die in den ertragreichen Jahren aufgebaut wurden und auf die nun zurückgegriffen werden kann, bevor weitere Kürzungen der Gewinnbeteiligungen vorgenommen werden. Die stillen Reserven wesentlicher österreichischer Versicherungsunternehmen liegen je nach Unternehmen zwischen 0,4 und 8,4% der gesamten Kapitalanlage. Die Ertragseinbußen hatten bislang auch noch keine Auswirkungen auf die Bonitätseinstufungen durch die Ratingagenturen, da die Vorjahres-Ratings marktführender Versicherungsunternehmen weiterhin bestätigt wurden. Eine Herabstufung in der Kreditwürdigkeit hätte eine Erhöhung der Finanzierungskosten zur Folge, die sich wiederum in einer geringeren Gewinnspanne auswirken würde.

Die Bilanzsumme der österreichischen Versicherungsunternehmen erhöhte sich Ende 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Mrd EUR oder 6,2% auf 57,5 Mrd EUR, was eine weitere Verlangsamung der Wachstumsrate bedeutet. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2002 fortgesetzt; bis zum Juni 2002 konnte die Summe der Aktiva gegenüber dem Vorquartal lediglich um 0,8% ausgeweitet werden. Bei den Veranlagungsstrukturen zeigen sich im Zuge der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Umschichtungen gegenüber den Vorjahren. Mit einem Wachstum im Jahr 2001 von 28% im Vergleich zum Vorjahr entwickelten sich die Auslandsaktiva am stärksten und stellen auch noch im zweiten Quartal 2002 – neben den Anteilen und sonstigen inländischen Wertpapieren – mit 26% eine bedeutende Veranlagungskategorie dar. Rückgänge waren bei den inländischen Rentenwerten und den vergebenen Darlehen zu verzeichnen. Bemerkenswert dabei ist der fortgesetzte Rückgang der

Rentenwertpapiere des Staates sowie der Darlehen an den Staat, der – wie auch in den letzten Jahren – beobachtbar ist.

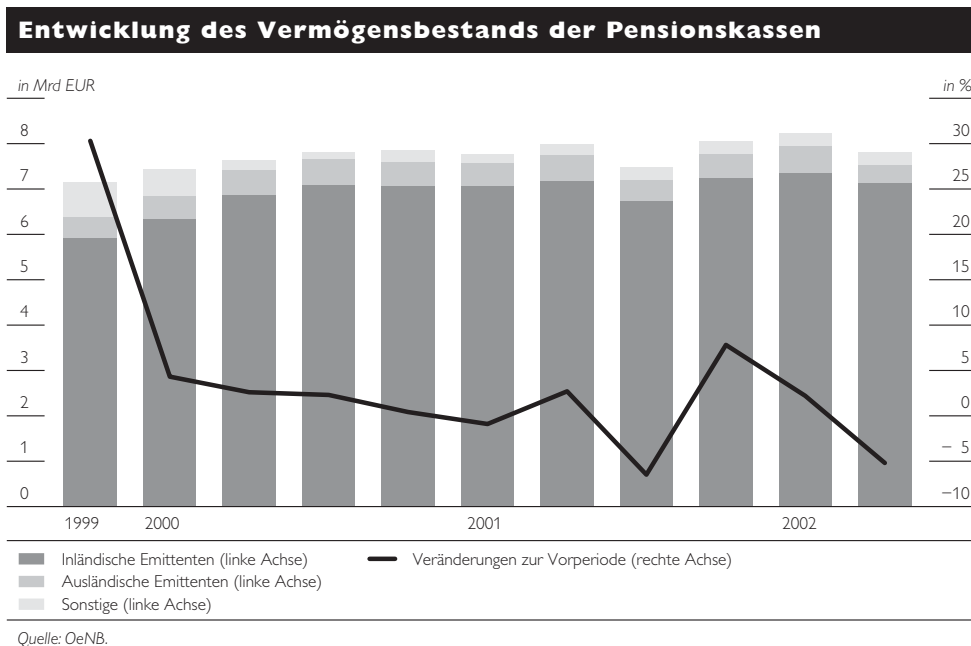
Den wesentlichsten Teil der Passivseite nehmen die versicherungstechnischen Rückstellungen ein, die im Jahr 2001 einen Wert von 45 Mrd EUR erreichten, was einem Anteil von 78% an der gesamten Bilanzsumme entspricht. Der Großteil entfällt dabei auf die Lebensversicherung.

Trend zur Pensionskasse hält an

Der Trend zur betrieblichen Altersvorsorge in Ergänzung zur staatlichen Vorsorge hält nach wie vor an. Die Vertragsanzahl konnte im Jahr 2001 um 17,5% gesteigert werden. Die Anzahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten erreichte Ende 2001 318.000, der Fachverband der Pensionskassen rechnet für das Jahr 2002 mit einem weiteren Wachstum um 10%. Mit 236 Mio EUR jährlich sind die Pensionskassen mittlerweile der größte private Pensionszahler in Österreich.

Wie bereits in den vergangenen zwei Jahren zeichnet sich auch für heuer wieder ein Wachstumsrückgang bei den Vermögensbeständen österreichischer Pensionskassen ab. Im zweiten Quartal 2002 sanken die Vermögensbestände gegenüber dem Vorquartal um 0,4 Mrd EUR auf 7,8 Mrd EUR. Im Zuge der anhaltenden Börsenschwäche lag die Performance der 107 Veranlagungs- und Risikogemeinschaften aller 19 Pensionskassen im Jahr 2001 zwischen -5 und +5%. Die sieben überbetrieblichen Pensionskassen wiesen zum Halbjahr 2002 bereits ein negatives Veranlagerungsergebnis von durchschnittlich 4,5% aus. Die zwölf betrieblichen Kassen verzeichneten sogar ein Minus von durchschnittlich 6%. Die Pensionskassen haben auf die schwierige Veranlagungssituation aber bereits reagiert und ihre Veranlagungsstruktur der Marktsituation entsprechend angepasst. Obwohl die Veranlagung in Investmentzertifikaten in- und ausländischer Emittenten mit 94% nach wie vor den größten Anteil einnimmt,

Grafik 40



wurde im zweiten Quartal 2002 um 0,2 Mrd EUR weniger in Investmentzertifikaten in- und ausländischer Emittenten veranlagt. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Rentenwerte, die eine weniger risikoreiche Veranlagungsform darstellen. Als Reaktion auf die Kursrückgänge an den ausländischen Börsen war der Großteil des Rückgangs bei den Investmentzertifikaten ausländischer Emittenten zu verzeichnen, in die um mehr als ein Drittel weniger investiert wurde als im ersten Quartal 2002. Der deutliche Rückgang lässt sich mit der Strategieänderung einiger Pensionskassen erklären, die vermehrt auf inländische Wertpapiere setzen.

Ebenso zeigt sich ein Rückgang bei den gesamten Veranlagungsformen ausländischer Emittenten, der vor allem durch die Abnahme der Investitionen in ausländische Investmentzertifikate im ersten Halbjahr 2002 getragen wird (siehe Grafik 40). Auch ihr Anteil am gesamten Vermögensbestand sank zugunsten der Veranlagung in inländischen Wertpapieren. Im Zuge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ist der Anteil der Veranlagung in Euro auf Kosten der Veranlagung in Fremdwährung im ersten Halbjahr 2002 gestiegen und macht rund 97,6% des gesamten Vermögensbestands aus.